

„Volksabstimmung nicht möglich“

Starhemberg für verschärfte Diktatur

Die Vaterländische Front hat in Wien einen Funktionär-Appell abgehalten, bei dem Bundeskanzler Dr. Schuldnigg und Vizkanzler Fürst Starhemberg gesprochen haben. Am Tage vorher hielt die Vaterländische Front eine Pressekonferenz ab, auf der Vizkanzler Fürst Starhemberg den Zweck des Funktionär-Appells behandelte. Er bezeichnete die Vaterländische Front als gemeinsame Plattform für verschiedene politische Gruppen, die allmählich zu einem Kampfblock zusammenwachsen sollten, der eine einheitliche Zielsetzung im Rahmen des Dollfuß-Programms haben sollte.

Als Aufgabe der nächsten Zeit bezeichnete Fürst Starhemberg, daß der Grundsatz praktisch durchgeführt werde, daß niemand außer der Vaterländischen Front berechtigt sei, in Oesterreich Politik zu machen. Jeder, der vom Staat bezahlt werde, müsse auch der Vaterländischen Front angehören. Das habe nichts zu tun mit einem absolut unendlichen Kadavergehörigam gegenüber der Staatsführung (!). Fürst Starhemberg wandte sich dann gegen die vielfach verbreitete Auffassung, daß es im heutigen Oesterreich zwei miteinander um die Vormacht ringende Richtungen gebe, die Richtung Schuldnigg und die Richtung Starhemberg. Allerdings befänden innerhalb der Vaterländischen Front verschiedenartige Auffassungen über viele Probleme des öffentlichen Lebens, und es würden über die Probleme innerhalb der Vaterländischen Front Diskussionen geführt. Das sei aber durchaus begrüßenswert.

Starhemberg wandte sich ferner gegen die Gerüchte, daß er nach dem Thron oder der Reichsverweserschaft in Oesterreich strebe. Eine Monarchie in Oesterreich sei nur möglich, wenn sie dem historisch-traditionellen Denken entspreche. Es sei aber falsch, daß man nun etwa am Vorabend der Ausrufung der Monarchie stehe.

Kaiser Otto werde sich niemals unter solcher Voraussetzung ausruhen lassen,

da er bestimmt keinerlei Erschütterungen der Ruhe Europas heraufbeschwören wolle und eine Monarchie in Oesterreich fest in der Gesamtheit des österreichischen Volkes verankert sein müsse.

Sämtliche Posten für die Vaterländische Front

Starhemberg begründete dann den Totalitätsanspruch der Vaterländischen Front. Er werde mit allen Mitteln danach streben, daß sämtliche Posten des öffentlichen Lebens ausnahmslos, und möge es sich auch um die scheinbar bedeutungslosesten Posten, beispielsweise eines Vereinsvorstandes in irgendeinem kleinen Orte, handeln, ausschließlich von Oesterreichern, die bewußte Oesterreicher sind, besetzt würden.

Auf eine Frage, wie stark die kommende Milliz sein werde, antwortete Fürst Starhemberg, es würden alle Mitglieder der Wehroverbände, soweit sie physisch und sittlich einwandfrei wären, in die Milliz übernommen werden. Auf eine weitere Frage, was an den Gerüchten über eine bevorstehende Volksabstimmung wäre, erwiderte Fürst Starhemberg, eine Volksabstimmung komme in absehbarer Zeit in Oesterreich nicht in Frage. Wohl werde erwogen, im Rahmen der städtischen Körperschaften „nach Möglichkeit“ dem Gedanken der Wahlen Rechnung zu tragen. An sich könne Oesterreich eine Volksabstimmung wohl abhalten, wenn es die Garantie hätte, daß diese unbeeinflussbar sei. Eine Abstimmung sei aber Sache der Propaganda, und diese hänge ab von den zur Verfügung stehenden Mitteln. In dieser Hinsicht sei Oesterreich nicht in der Lage, in Konkurrenz zu treten mit den Mitteln, die den Nationalsozialisten zur Verfügung ständen.

Bundestanzler Dr. Schuldnigg

Der betonte, daß Oesterreich den Dollfuß-Kurs unabänderlich weiterführen werde. Je mehr man glaube, die Regierung zwingen zu können, desto später werde die Volksabstimmung durchgeführt werden. Zu seiner Prager Reise erklärte Dr. Schuldnigg, daß er sich freue, feststellen zu können, daß Oesterreich begründete Aussicht habe, durch Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen zu den Nachbarstaaten, zu denen bisher nicht die nötige Fühlung bestanden habe, einen Fortschritt in der Konsolidierung des Landes zu machen.

Starhemberg gegen Anschluß

Fürst Starhemberg, der anschließend sprach, erklärte, ein freies und unabhängiges Oesterreich liege im Sinne der göttlichen Weltordnung. Einen Anschluß Oesterreichs an Deutschland, einen Zusammenschluß Oesterreichs mit deutschen Stämmen in der Form, daß Oesterreich in ein zentralistisches Reich eingegliedert würde, lehne er ab. Der Kampf gegen die Anschluß-Ideologie sei ein Hauptprogramm der Vaterländischen Front. Wenn er die Theorie bekämpfe, daß Oesterreich ein widerrechtlich abgetrennter Teil des Deutschen Reiches sei, daß Oesterreich nicht eine Provinz von Großdeutschland werden dürfe, so schließe diese Auffassung ein Bekenntnis zu einem gesunden deutschen Denken nicht aus. Fürst Starhemberg erklärte dann, er müsse es ablehnen, in ein politisches System gezwungen zu werden, das in seinem innersten Wesen undeutsch und deutschfremd sei. Wenn es Leute in Oesterreich gebe, die behaupteten, daß der Anschluß an das heutige Deutschland vereinbar sei mit einem richtigen und ehrlichen Bekenntnis zum Vaterland, so sage er, das sei „Schwindel und Betrug“.

Zum innenpolitischen Kurs erklärte Fürst Starhemberg: „Radikaler, systematischer und hartnäckiger als bisher wollen wir den Kampf gegen versteckte und offene Feinde des Vaterländischen Gedankens führen. Wir sind entschlossen, härter und gröber als bisher zuzufassen“. Zum Vaterländischen Gedanken übergehend, führte Fürst Starhemberg aus, daß eine gesunde monarchistische Propaganda absolut in der Richtung des Vaterländischen Gedankens liege. Er könne sich vorstellen, daß einmal der Zeitpunkt komme, wo die Begriffe Habsburg und Oesterreich wieder zu beider Glück und Aufblühen zusammenkämen, nicht nur zu Ruß und Frommen Oesterreichs, sondern zum Heile ganz Europas.

Starhembergs Rede steht ganz eindeutig im Widerspruch zu der Haltung, die der Vizkanzler früher eingenommen hat. Zu Beginn seiner politischen Tätigkeit hat Fürst Starhemberg mehrfach eindeutig und positiv im Sinne des Anschlusses oder, wie er sich ausdrückte, des Zusammenschlusses Stellung genommen. Später vollzog sich dann eine Wandlung, wie sie dokumentiert wurde durch

die dem Vertreter des Pariser „Journal“ im Februar 1934 gemachte Aeußerung, der Anschluß erscheine ihm als ein „Akt der Vernichtung der österreichischen Industrie und des Friedens“.

Während Fürst Starhemberg verspricht, dem österreichischen Menschen die wahre Freiheit zu geben, hat er gleichzeitig eine Verschärfung der Diktatur angekündigt. „Wir sind entschlossen“, so erklärte der österreichische Vizkanzler wörtlich, „härter und gröber als bisher zuzufassen“.

Zustimmen kann man freilich dem Fürsten Starhemberg darin, daß eine Monarchie immer nur dann Bestand haben kann, wenn sie in der Gesamtheit des Volkes verwurzelt ist. Das gleiche gilt aber erst recht von jeder Regierung. Auch Regierungen können nur dann wirkliche Aufbaubarbeit leisten, wenn sie getragen sind von der Gesamtheit des Volkes und im Volke aktive Unterstützung finden. Das überzeugendste Mittel für die Feststellung des Volkswillens aber ist die allgemeine Volksabstimmung, und die gerade soll für Oesterreich nach den eigenen Worten des Fürsten Starhemberg „in absehbarer Zeit nicht in Frage“ kommen.

Gelüftete Weltkriegsgeheimnisse

Balfour-Memorandum vom Mai 1917 in Amerika veröffentlicht

Das bisher aufs strengste geheimgehaltene Memorandum Balfours vom 18. Mai 1917 ist jetzt in der Hearst-Presse veröffentlicht worden.

In diesem Memorandum berichtet Balfour über die Verträge, durch die die Alliierten die Kriegsbeute auf Kosten Deutschlands, Oesterreichs und der Türkei unter sich zu teilen planten.

Bekanntlich hatte Lansing, der dieses Memorandum von Balfour im Jahre 1917 erhielt, noch 1919 vor dem Senatsausschuß erklärt, er habe erst in Versailles 1918 von diesen Verträgen Kenntnis erhalten; das gleiche erklärte Wilson, obwohl die Vermutung naheliegt, daß Lansing seinen Vorgelegten dieses wichtige Memorandum, das die Kriegsziele der Alliierten enthielt, kaum verschwiegen haben dürfte. Senator Nye rief bekanntlich den Zorn gewisser Kreise hervor, als er deswegen Wilson der Unwahrheit bezichtigte.

Das Memorandum zählt weiter die Versprechungen auf, die man Italien machte, um es aus dem Dreieck in die Entente zu locken und enthält andere Pläne zur Zerstückelung der Mittelmächte. Die britische Regierung verneinte schon, als seinerzeit der Munitionsausschuß seine Tätigkeit aufnahm, die Anfrage Hulls, ob dieses Dokument veröffentlicht werden dürfe, mit Nachdruck; das Staatsdepartement ist jetzt sehr verlegen über diese Veröffentlichung, die dadurch entstand, daß Senator Nye von der Opposition, der sogenannten Alten Garde, schwer bedrängt sich rächte und den Inhalt des Memorandums an die Presse gab, obwohl die Regierung ihm Schweigepflicht auferlegt hatte.

Die Veröffentlichung des Dokuments löste in Amerika eine starke Erregung aus. Staatssekretär Hull gab eine scharfe Erklärung ab, in der es heißt, daß die amerikanische Regierung es als ihre heilige Pflicht betrachten müsse, das Vertrauen anderer Mächte nicht zu mißbrauchen und Dokumente nicht zu veröffentlichen, die diese im Vertrauen auf amerikanische Verschwiegenheit und Anstandslosigkeit an die Regierung der Vereinigten Staaten mit der Bitte um Geheimhaltung senden. Wenn der Kongreß hierbei nicht mitarbeite, sondern die Verschwiegenheitspflicht verletze, so sei die Regierung der Vereinigten Staaten gezwungen, den Mitgliedern des Kongresses fortan Einblick in diese Dokumente zu verweigern.

Der Frontkämpferbesuch in England

Deutsche ehren ihre gefallenen englischen Kameraden.

London, 21. Januar.

Die deutsche Frontkämpferabordnung ehrte am Montagvormittag die Toten des Weltkrieges, die auf Seiten des britischen Reiches fielen und deren Ehrenmal, der „Kenotaph“, sich in White-Hall, dem englischen Regierungsviertel, erhebt. Das Hakenkreuzbanner, der Union Jack und die Flagge des Hauptquartiers der British Legion wehten dem Zug voran, in dem sich die Mitglieder der deutschen Abordnung gemeinsam mit den Vertretern der British Legion zu den Stufen des Ehrenmals begaben. Eine zahlreiche Menschenmenge beobachtete mit ehrfurchtsvollem Schweigen die feierliche Handlung.

Der Leiter der deutschen Abordnung, Stahmer, legte im Namen der deutschen Frontkämpferverbände einen Lorbeerkranz nieder, dessen mit dem Hakenkreuz geschmückte Schleife die Inschrift trug „Die deutsche Frontkämpferabordnung“.

Als der Kranz niedergelegt wurde, senkten sich die Fahnen, und die Mitglieder der deutschen Frontkämpferabordnung ehrten mit der zum Deutschen Gruß erhobenen Hand das Gedächtnis ihrer gefallenen britischen Kameraden aus dem großen Krieg.

Nach der feierlichen Kranzniederlegung besichtigten die deutschen Frontkämpfer in Begleitung der Führer der British Legion einen Betrieb, in dem von ehemaligen englischen Frontkämpfern Wohnblumen hergestellt werden. Diese künstlichen Wohnblumen sollen an die blutigen Kämpfe auf den Feldern Flanderns erinnern. Sie werden alljährlich am Waffenstillstandstag zugunsten der ehemaligen britischen Frontkämpfer und ihrer Hinterbliebenen verkauft.

Dank des englischen Thronfolgers

London, 21. Januar.

In Beantwortung des Telegramms, das die deutsche Abordnung beim Betreten englischen Bodens an den Prinzen von Wales gesandt hatte, traf von dem englischen Thronfolger folgendes Telegramm ein:

„Seine königliche Hoheit der Prinz von Wales empfand tief den Gruß der deutschen Frontkämpferabordnung bei ihrer Ankunft in England und dankt für ihre Anteilnahme an der Krankheit des Königs. Seine königliche Hoheit wünscht der Abordnung besten Erfolg.“

„Slave einer dunklen Macht“

Die verworrene Lage in Paris.

Paris, 21. Januar.

Die radikalsozialistische Kammergruppe tritt am heutigen Dienstag zusammen, um sich über die Frage schlüssig zu werden, ob sie die radikalsozialistischen Minister auffordern soll, aus der Regierung auszutreten oder ob sie eine politische Aussprache in der Kammer veranlassen soll. Eine Aussprache in der Kammer würde infolge des von dem Vollzugsausschuß geforderten Abstimmungszwanges für die radikalsozialistischen Abgeordneten mit dem Sturz des Kabinetts Laval enden.

Laval wird am Mittwoch nach Paris zurückkehren und dann die Schlussfolgerungen aus der bis dahin geänderten Lage ziehen können. Auf alle Fälle glaubt man, damit rechnen zu müssen, daß das am 7. Juni 1935 gebildete Kabinett Laval nicht mehr lange am Ruder bleiben wird.

Das „Journal des Débats“ schreibt zu der verwirrten politischen Lage: „Laien können nichts von dem verstehen, was vorgeht. Wahrscheinlich sind die Logen, die ihre Richtlinien erteilen, im Besitz des Geheimnisses. So bietet sich den Franzosen ein ernstes Thema zum Nachdenken. Ist ein großes Land, das freie Einrichtungen zu haben glaubt, nicht Sklave einer dunklen Macht, deren Absichten undurchsichtig sind?“

Japan entsendet Beobachter zur Flottenkonferenz

London. Wie verlautet, hat Japan die Einladung der in London vertretenen vier Flottenmächte, Beobachter in die Flottenkonferenz zu entsenden, angenommen.

Am Montag fand eine Sitzung des technischen Unterhansauschusses der Flottenkonferenz statt, die, wie gemeldet wird, einen befriedigenden Verlauf nahm. Am Dienstagvormittag wird der erste Ausschuß der Konferenz eine Vorbesprechung über die Frage der qualitativen Rüstungsbegrenzung haben.

114 neue Torpedobomber für Amerika

Wie das amerikanische Marineamt bekanntgibt, sind 114 neue Torpedobombenflugzeuge in Auftrag gegeben worden; die Gesamtkosten für diesen Auftrag belaufen sich auf 3 636 000 Dollar. In der Erklärung des Marineamtes wird mitgeteilt, daß es sich bei diesen neuen Flugzeugen um Eindecker handelt, die gegenüber den anderen Arten eine erheblich größere Geschwindigkeit und viel größere Flugdauer besitzen. Die neuen Flugzeuge sollen den Flugzeugträgern zugeteilt werden.

Verfolgung der Abessinier

Addis Abeba bestreitet die Siegesmeldungen.

Nach dem neuesten italienischen Heeresbericht wird die Offensive Grazianis an der Südfrent fortgesetzt. In der Mitteilung heißt es: Die bei Canale Doria geschlagene Armee des Ras Desta Damto wird von unseren Truppen unaufhaltbar verfolgt. Die von General Graziani befehligten Abteilungen sind am 18. Januar in das Gebiet des Galla Borana vorgeedrungen und haben 230 Kilometer von Dolo entfernt, befehlt, wobei sie feindliche Truppen, die versuchten, Widerstand zu leisten, zerstreuten. Die Verfolgung wird fortgesetzt.

Unsere Truppen trafen entlang den Karawanenstraßen auf Scharen von Flüchtlingen in erbarmungswürdigem Zustande, die sich ergaben und Wasser und Lebensmittel erlitten, da sich die Verpflegung des Begners in völliger Zerrüttung befand. Auch den Dava Parma und Webi Gestro entlang rüden unsere Truppen sehr schnell vor, wobei sie feindliche Truppen zerstreuten.

Italienische Flieger haben abessinischen Meldungen von der Front zufolge wiederum die Stadt Korem mit Bomben belegt und Erkundungsflüge bis südlich von Aradia durchgeführt. Nach Berichten des Ras Desta dauert die vor 15 Tagen begonnene Schlacht bei Dolo und am Canale Doria weiterhin an. Die Italiener setzen dort vor allem Somali-Truppen ein, mit deren Spitzenabteilungen die Heeresgruppe Ras Destas ständig im Kampf liegt. Die abessinische Regierung erklärt in einer der Bevölkerung bekanntgegebenen Mitteilung, daß die italienische Presse kleine örtliche Erfolge bei Dolo in einen großen italienischen Sieg umgewertet habe, um den Kampfesgeist der eigenen Truppen und des Volkes zu heben, da die bisherigen außerordentlich schweren Verluste in keinem Verhältnis zu den erzielten Erfolgen ständen. Man versuche durch derartige Meldungen andererseits, auch die Widerstandskraft der abessinischen Truppen und der Bevölkerung Abessiniens zu schwächen.

Front gegen den Kommunismus

Hirota fordert Zusammengehen Japans, Chinas und Mandschukuos.

Der japanische Außenminister hielt im Reichstag eine große politische Rede, in der er eingangs erklärte, daß Japans besondere Aufgabe die Erhaltung und Festigung des Friedens im Fernen Osten sei. Die grundsätzlichen Voraussetzungen hierfür seien die Untrennbarkeit Japans und Mandschukuos und der Ausgleich mit China und der Sowjetunion. Hirota setzte sich dann lebhaft für die Bildung eines Dreiländerbunds Japan-China-Mandschukuo ein und stellte für die Verwirklichung dieses Zieles drei Forderungen auf. Erstens müsse China ein eindeutiges Bekenntnis zur Zusammenarbeit mit Japan ablegen, um die Einmischung dritter Länder zu verhindern. Japan werde dann bereit sein, China in jeder Beziehung zu unterstützen. Zweitens müsse China Mandschukuo anerkennen und diese Anerkennung durch die Duldung der Selbstverwaltung Nordchinas vorbereiten.

Drittens müßten sich die drei Länder, Japan, China und Mandschukuo, zur Bekämpfung des Kommunismus zusammenschließen. Dies sei die notwendige Grundlage für einen Ausgleich mit der Sowjetunion, die durch ihre gewaltigen Rüstungen an der Ostgrenze die Verständigung verhindere und Gefahren auslöse.